

Ein Verein für schweizerische Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Lifschitz, F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **5 (1909-1910)**

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750869>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kenntnisse des Schülers zu einem bestimmten Abschluss zu bringen. Am Schlusse glaubt der Schüler selbst, er habe es so „herrlich weit gebracht“ und könne nun auf seinen Lorbeeren ausruhen. Schulmüdigkeit wird erzielt durch das Vielerlei und das Übermaß.

Lasst die Kinder naschen an den Süßigkeiten von Wissenschaft und Kunst, so werden sie hungern, anstatt übersättigt zu sein.

Wenn jeder Schüler beim Verlassen der Schule Wagners Satz variiert: „Zwar weiß ich wenig, doch möcht' ich Vieles wissen“, dann wird sie ihr Ziel erreicht haben.

KÜSNACHT

DR F. FICK



EIN VEREIN FÜR SCHWEIZERISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das moderne Wirtschaftsleben entwickelt und entfaltet sich. Seine Normen und Formen werden komplizierter, verwickelter und mannigfaltiger. Die Interessengegensätze der verschiedenen Standesorganisationen und Berufsvertretungen, der organisierte und zielbewusste Interessenkampf machen die Aufgabe der Wirtschaftsgesetzgebung noch schwieriger. Man darf wohl sagen: In Anbetracht dieser Umstände ist die Durchführung der Wirtschaftsgesetzgebung eine der allerschwierigsten Angelegenheiten des modernen Kulturlebens, und je demokratischer ein Land ist, um so mehr steigern sich diese Schwierigkeiten.

Aber das Wirtschaftsleben ist immer im Fluss begriffen; es ändert seinen *Inhalt*, und daher müssen auch seine Normen, seine äußerliche Regelung, die größtenteils durch das Recht zum Ausdruck gelangen, — geändert und reformiert werden. Die Zentralfrage der gesamten Wirtschaftspolitik ist bekanntlich die: *Was sein soll?* Es ist also eine Frage des praktischen, zweckmäßigen, zielbewussten Handelns zur Erlangung eines gewissen Erfolges, zur Erreichung und Herbeiführung bestimmter Verhältnisse, Verhältnisse, die uns als *bessere, entsprechendere* und

glücklichere erscheinen. Mit andern Worten: Die Wirtschaftspolitik beschäftigt sich mit dem „*Bessermachen*“, mit der Reformierung und Sanierung der Bedingungen, und ihre Seele ist der von den Menschen gesetzte *Zweck* behufs Erlangung bestimmter Erfolge, Schaffung neuer Zustände. Dadurch ist das *Subjektive*, das heißt das Verlangen und die Wünsche einzelner wirtschaftlicher Interessengruppen in der Wirtschaftspolitik, gegeben, denn jeder Interessenkreis wird wohl zu seinen Gunsten bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen verlangen und auch in diesem Sinne seine politische Macht geltend machen. Es ist daher auch begreiflich, dass jede Interessenvertretung in dem gekennzeichneten Sinne die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen sucht, und je demokratischer ein Land ist, desto mehr steigt der Einfluss dieser Interessenvertretungen, welche in der letzten Zeit organisatorisch rapid zugenommen haben.

Aus dem Gesagten folgt, wie groß der Einfluss dieser wirtschaftlichen Organisationen ist. Dieses gilt um so mehr für die *Schweiz* dank ihrer demokratischen Entwicklung. Der Kampf der Interessenvertretungen um die Wirtschaftspolitik ist in der Schweiz komplizierter und verwickelter, zumal ein in politischer Beziehung freier Spielraum gegeben ist. Der letzte Umstand macht die Lösung wirtschaftspolitischer Fragen in der Schweiz noch schwieriger, da sich oft *rein politische* Fragen mit *wirtschaftspolitischen* vermengen. Es liegt hier die Gefahr nahe, die objektive Betrachtung der volkswirtschaftlichen Erscheinungen der Schweiz durch den Interessenstandpunkt der wirtschaftlichen Organisationen zu trüben, den *allgemeinen* volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt durch die Standesinteressen zu beeinträchtigen. Dies kann aber nicht im Interesse der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft liegen.

Es muss betont werden, dass es dem Schreiber dieser Zeilen durchaus fern liegt, ein Misstrauensvotum gegen die wirtschaftlichen Interessenvertretungen in der Schweiz auszusprechen. Diese Organisationen haben die Pflicht und sollen auch vom Standpunkte ihrer Interessen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen befürworten, denn dazu sind sie ja auch da. Worauf es hier ankommt, ist: die Schaffung einer freien Vereinigung von Gelehrten, Staatsmännern, Politikern, welche sich mit der Untersuchung der

wirtschaftspolitischen Fragen, die im Vordergrund des schweizerischen Wirtschaftslebens stehen, befassen, eine Art *Zentrale*, die die wirtschaftspolitischen Fragen der Schweiz nicht vom Standpunkt des Handels- und Industrievereins, des Gewerbevereins, des Arbeiterbundes, des Bauernbundes, sondern objektiv behandeln, das heißt vom Gesichtspunkt der *gesamten schweizerischen Volkswirtschaft*. Eine solche Vereinigung dürfte von großem, *praktischem Wert* sein und zwar aus mehreren Gründen: Sie wird wohl imstande sein, die wissenschaftlichen Vorbereitungsarbeiten für die Wirtschaftsgesetzgebung zu liefern und vollends auch den wirtschaftspolitischen Ausgleich zwischen den Interessenvertretungen zu verhelfen. Indem diese Vereinigung Theorie und Praxis verbindet und die Fragen objektiv behandeln wird, wird sie wohl einen guten Einfluss auf die praktische Gestaltung des schweizerischen Wirtschaftslebens ausüben können.

Und die Zeit für eine solche Gründung in der Schweiz ist sehr günstig. Eine Menge von wirtschaftspolitischen Fragen steht auf der Tagesordnung: *Handelspolitische, verkehrspolitische, gewerbepolitische, sozialpolitische* Fragen; Fragen, die also alle Klassen und Stände berühren, stehen im Vordergrund der schweizerischen Volkswirtschaft. Jetzt gerade ist ein „Verein für schweizerische Wirtschaftspolitik“ am Platze, ein Verein, der diese Fragen objektiv untersucht, prüft und beleuchtet.

Und in der Tat hat dieser Gedanke, das heißt die Notwendigkeit einer solchen Gründung, bei mehreren Mitgliedern der Bundesversammlung bereits Platz gegriffen. Im Monat Dezember wird eine Besprechung zwecks Gründung eines „Vereins für schweizerische Wirtschaftspolitik“ stattfinden, an welcher Vertreter verschiedener Parteirichtungen teilnehmen werden. Es ist anzunehmen, dass diese Besprechung zu fruchtbaren Resultaten führen wird zum Wohl und Segen des gesamten Schweizerlandes.

BERN

DR F. LIFSCHITZ, Privatdozent

